

Zwist um Terror

Das SPD-Parteipräsidium hat sich mit den eigenen Genossen aus dem Landesverband Bremen angelegt. Grund: Die Bremer hatten alle Parteigliederungen zu einem von ihnen veranstalteten Seminar zu Fragen der inneren Sicherheit und der Terroristenbekämpfung für den 24./25. Februar in den „Revierpark“ in Oberhausen eingeladen, wo der SPD-Rechtsexperte Hugo Brandt über den Stand der Gesetze zur Terrorismusbekämpfung referieren und der Parteilinke Manfred Coppik seine Zweifel an der geplanten Anti-Terror-Gesetzgebung vortragen sollte. Jetzt forderte der Parteivorstand telegraphisch alle SPD-Landesvorstände und

-bezirke auf, die Bremer Einladung „als gegenstandslos zu betrachten“, weil — so die Begründung — ein Parteigremium auf dem Gebiet eines anderen Landesvorstands keine Veranstaltungen abhalten könne. Das Seminar der Bremer aber soll, so einer der Organisatoren, „auf jeden Fall stattfinden“.

CDU-Veto

Die Junge Union in Pinneberg bei Hamburg hat Ärger mit ihrem CDU-Kreisvorstand, weil sie auf der letzten Seite ihres Mitteilungsblattes eine Karikatur abdruckte, die CSU-Chef Franz Josef Strauß als Sympathisant der chilenischen Junta zeigte. Unwillen

erregte auch ein Artikel, in dem chilefreundliche Äußerungen eines Christdemokraten gerügt wurden. Die CDU-Senioren untersagten kurzerhand, das kritische Werk zu vertreiben — die Karikatur könne während des Wahlkampfes „parteischädigende Wirkung“ zeigen.

Groll auf Carter

US-Präsident Jimmy Carter läßt nach Ansicht der Bonner Regierung keine Gelegenheit aus, den Westdeutschen auf die Füße zu treten. Jüngstes Beispiel: Mit großem propagandistischem Aufwand ließ Carter durch seinen Unterstaatssekretär Joseph Nye internationale Richtlinien für den Export von Atommaterial veröffentlichen, in de-

Gurten oder zahlen

Bonnens Verkehrsminister Kurt Gscheidle will Anschnall-Muffel zukünftig bestrafen — mit einem Bußgeld von mindestens vierzig Mark und zwei Strafpunkten in der Flensburger Verkehrssünderkartei.

Zwar dürfen Deutschlands Automobilisten von Gesetzes wegen schon seit dem 1. Januar 1976 nicht mehr ohne Gurt fahren. Aber wer die gesetzlich vorgeschriebene Anschnallpflicht mißachtet, kann dennoch, ein Rechtskuriosum, nicht bestraft werden.

„Es soll auf Vernunft, Einsicht und Freiwilligkeit der Betroffenen vertraut werden“, hatte Gscheidle 1975

verkündet, als er das Angurten im Auto vorschrieb, aber auf Sanktionen ausdrücklich verzichtete.

Gscheidle hatte den deutschen Autofahrer dabei gründlich überschätzt. Obwohl inzwischen zweifelsfrei ist, daß der Gurt Unfallverletzungen um etwa 50 Prozent verringert, obwohl die Versicherungen den nicht angegurteten Unfallopfern das Schmerzensgeld kürzen, verschmähen die Bundesbürger noch allzu häufig den lebensrettenden Riemen.

Am nachlässigsten geht es im Stadtverkehr zu, „wo der Sicherheitsgurt die beste Wirkung entfaltet“

(Gscheidles Staatssekretär Ernst Haar). Eine Zählung der Bundesanstalt für Straßenwesen vom September 1977 ergab, daß in geschlossenen Ortschaften nur 41 Prozent gurten, auf Landstraßen 56 Prozent gegenüber 73 Prozent vor zwei Jahren.

Daß es mit Strafandrohung anders geht, zeigte sich in der Schweiz. Als dort das Nichtgurten Geld kostete, legten über 80 Prozent den Halterriemen um Brust und Bauch.

In der Bundesrepublik soll, wenn es nach Gscheidle geht, zukünftig das Sicherheitsbewußtsein nicht nur durch angedrohte Geldbußen erhöht werden: Gscheidle will noch in diesem Jahr die Autofabriken verpflichten, auch für die Fondsitze Gurte einzubauen.



Werbung für den Sicherheitsgurt, Verkehrstopfer: Den deutschen Autofahrer überschätzt